

**Auftrag Caluori betreffend Nachweis von Kenntnissen in der Lebensmittelhygiene und der Suchtprävention**

Die Gastronomie ist ein wichtiger Teil für die Wirtschaft und den Tourismus im Kanton Graubünden. Mit ihren Leistungen trägt die Gastronomie wesentlich zur Qualität, der Positionierung und des Erfolges des Tourismuskantons bei.

Seit der Änderung des Gastwirtschaftsgesetzes (GWG) im Jahre 1998 ist eine Bewilligung für gastgewerbliche Tätigkeiten für jede Person erhältlich, welche nicht durch wiederholt schwere Verletzungen der Lebensmittelgesetzgebung oder mehrfach strafrechtlich in Zusammenhang mit der Ausübung des Gastgewerbes negativ aufgefallen ist (GWG Art. 5 Abs. 2 lit. a). Das heisst für das Führen eines Gastronomiebetriebes werden keinerlei fachliche Grundkenntnisse vorausgesetzt. Auf der anderen Seite macht der Gesetzgeber mit dem Lebensmittelrecht und zahlreicher Richt- und Leitlinien im Bereich Lebensmittel und Suchtprävention sehr umfangreiche und komplexe Vorgaben.

Dies führt dazu, dass seit der Aufhebung von vorgeschriebenen Kenntnissen im Lebensmittelgesetz in vielen Betrieben mehr Zeit für die Lebensmittelkontrollen aufgebracht werden muss, um die Betriebsleiter über Inhalt und Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung detailliert aufzuklären. Die Zeit für die eigentliche Aufgabe, nämlich die Lebensmittelkontrolle, wird damit immer kürzer bzw. der administrative sowie finanzielle Aufwand der Lebensmittelkontrolle auf Behördenseite nimmt zu. Zudem verursacht auch Art. 5 Abs. 2 lit. a des GWG administrativen Aufwand. Das DVS hat in den letzten 5 Jahren 1'000 solcher Nachweise ausgestellt. Kein einziger musste verweigert werden. Diese wirkungslose Reglementierung bedeutet somit nur administrative Belastung für Gewerbetreibende und Verwaltung.

Grundkenntnisse in den Bereichen Lebensmittelrecht und Suchtprävention stellen eine wichtige Voraussetzung für die Qualität der Branche, die Gesundheit der Mitarbeitenden sowie vor allem den Schutz der Konsumenten dar. Mehr noch – sie sind der Grundstein dafür, dass ein Unternehmer mit den Regulierungen im Gastronomiebereich überhaupt zurechtkommt. Darüber hinaus verringert die Voraussetzung von Grundkenntnissen in diesen Bereichen den stetig steigenden administrativen und finanziellen Aufwand seitens der Behörde im Bereich Lebensmittelkontrollen.

Unter anderen auch aus obigen Gründen haben in der Schweiz in der Zwischenzeit 18 Kantone eine Grundausbildung für Wirte wieder in ihrem Gesetz vorgeschrieben. Darunter sind insbesondere die Tourismuskantone und die Nachbarkantone St.Gallen und Tessin.

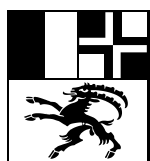
Entsprechende Grundkenntnisse im Lebensmittelrecht und in der Suchtprävention sind von öffentlichem Interesse, vor allem zum Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten, und reduzieren den administrativen und finanziellen Aufwand seitens der Behörde. Die Regierung wird daher beauftragt, dem Grossen Rat eine Anpassung der gesetzlichen Bestimmungen des Gastwirtschaftsgesetzes, namentlich der in Art. 5 GWG geregelten Bewilligungsvoraussetzungen, dahingehend zu unterbreiten, dass für die Erteilung der Betriebsbewilligung nachprüfbare Grundkenntnisse im Bereich Lebensmittelrecht und Suchtprävention erforderlich sind.

Kenntnisse in der Lebensmittelhygiene und in der Suchtprävention kann der Gesuchsteller nachweisen durch:

1. einen eidgenössischen Fähigkeitsausweis über eine vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit anerkannte Berufslehre in den Bereichen Gastwirtschaft/Hauswirtschaft oder Nahrung/Getränke oder
2. ein Diplom einer anerkannten Höheren gastgewerblichen Fachschule (z.B. Hotelfachschule) oder
3. einen anerkannten Ausweis anderer Kantone oder
4. das Bestehen einer Prüfung in der Lebensmittelhygiene und in der Suchtprävention. Die Durchführung von Kursen und Prüfungen kann geeigneten Organisationen übertragen werden.

Chur, 18. Oktober 2017

**Caluori**, Marti, Dudli, Baselgia-Brunner, Blumenthal, Bondolfi, Brandenburger, Bucher-Brini, Burkhardt, Casty, Cavegn, Caviezel (Davos Clavadel), Clalüna, Cramer, Della Vedova, Dermont, Dosch, Engler, Epp, Fasani, Foffa, Geisseler, Grass, Kunfermann, Mani-Heldstab, Märchy-Caduff, Nay, Niederer, Noi-Togni, Paterlini, Peyer, Pfenninger, Salis, Sax, Schneider, Stiffler (Davos Platz), Tenchio, Tomaschett (Breil), Tomaschett-Berther (Trun), von Ballmoos, Weber, Zanetti, Berther (Segnas), Cajacob, Decurtins-Jermann, Föhn, Ruckstuhl



Sitzung vom

19. Dezember 2017

Mitgeteilt den

21. Dezember 2017

Protokoll Nr.

1101

### **Auftrag Caluori**

betreffend Nachweis von Kenntnissen in der Lebensmittelhygiene und der Suchtprävention

### **Antwort der Regierung**

Die Regierung wird beauftragt, Art. 5 des Gastwirtschaftsgesetzes für den Kanton Graubünden (GWG; BR 945.100) dahingehend anzupassen, dass für die Erteilung der Bewilligung zur Ausübung gastgewerblicher Tätigkeiten (wie die Abgabe von Speisen oder Getränken zum Konsum an Ort und Stelle; das Überlassen von Örtlichkeiten zum Konsum von mitgebrachten oder angelieferten Speisen oder Getränken oder die Durchführung von Veranstaltungen, an denen mitgebrachte oder angelieferte Speisen oder Getränke konsumiert werden) nachprüfbare Grundkenntnisse im Bereich Lebensmittelrecht und Suchtprävention vorausgesetzt werden. Heute erhält eine Bewilligung, wer eine einwandfreie und polizeilich klaglose Führung des Betriebs gewährleistet (kein wiederholter oder schwerwiegender Verstoss gegen die Gastwirtschafts- oder Lebensmittelgesetzgebung; nicht mehrere Verurteilungen im Zusammenhang mit der Ausübung des Gastgewerbes; keine Verbüssung einer Freiheitsstrafe von mehr als 18 Monaten vor weniger als fünf Jahren). Zuständig für den Vollzug sind die Gemeinden.

Der Kanton Graubünden hat das Wirtepatent, d.h. den Nachweis von gewissen Kenntnissen oder Diplomen etc. als Voraussetzung zur Erlangung der Gastgewerbebewilligung (Berufszulassung), mit der Totalrevision des GWG per 1. Januar 1999 abgeschafft. In der Augustsession 2007 wurde anlässlich einer Teilrevision des GWG neu eine Bestimmung aufgenommen, dass eine Gesuchstellende bzw. ein Gesuchsteller auch den Nachweis zu erbringen hat, dass sie/er in den letzten fünf Jahren nicht wiederholt oder in schwerwiegender Weise gegen die eidgenössische oder kantonale Lebensmittelgesetzgebung verstossen hat. Weitere Anträge betreffend zusätzliche Bewilligungsvoraussetzungen wurden abgelehnt. Zwischen 2008 und 2016 stellte das Departement für Volkswirtschaft und Soziales über 1000 Nachweise aus, ohne dass einer verweigert werden musste. Der Grosse Rat hat zudem in der Aprilsession 2016 einen Auftrag abgelehnt, mit welchem die Einführung schärferer Bewilligungsvoraussetzungen beantragt worden war.

Der Bundesrat kann sowohl Anforderungen an die Hygienekenntnisse von Personen, die mit Lebensmitteln umgehen, als auch an die Fachkenntnisse von Personen, die für die Selbstkontrolle verantwortlich sind, festlegen. Der Bundesrat hat von diesen Möglichkeiten bislang keinen Gebrauch gemacht. Indessen hat die Lebensmittelwirtschaft bezüglich der Selbstkontrolle Branchenleitlinien für eine „Gute Verfahrenspraxis im Gastgewerbe“ erlassen, die vom Bund genehmigt wurden.

2400 der 4400 dem Amt für Lebensmittelsicherheit und Tiergesundheit gemeldeten Lebensmittelbetriebe sind in der Gastronomie tätig. Auf die Gastronomie entfallen die meisten Inspektionen (insgesamt 1300 im Jahr 2016). Die Gastronomiebranche verzeichnet eine relativ hohe Fluktuation. Bei ungelerten Neueinsteigern gestaltet sich die Vollzugsarbeit der Lebensmittelkontrolle schwierig, da oft das grundlegende Verständnis bezüglich des Inverkehrbringens sicherer Lebensmittel fehlt. Die Bewusstseinschärfung für elementare Kenntnisse der Lebensmittelhygiene und des Lebensmittelrechts nimmt somit einen nicht unwesentlichen Teil der Kontrolltätigkeit der Lebensmittelkontrolleure in diesen Betrieben ein.

Auch wenn eine negative qualitative Entwicklung der Gastronomie in Graubünden seit der Aufhebung des „Wirtepatents“ nicht festgestellt werden kann und sich die Betriebe mit hohem Risiko auf einem konstant tiefen Niveau bewegen, kann der Nachweis einer qualifizierten Ausbildung oder eines absolvierten Kurses mit bestandener Lernkontrolle als Voraussetzung zur Erlangung der Gastgewerbebewilligung einen Beitrag dazu leisten, das Verständnis im Bereich der Lebensmittelhygiene und der damit verbundenen Selbstkontrolle zu verbessern. Auch aus Sicht der Suchtprävention wäre eine gezielte Informationsvermittlung bei Betrieben des Gastgewerbes sinnvoll. Insbesondere der hohe risikohafte Alkoholkonsum spricht für verpflichtende Massnahmen seitens des Staats in diesem Bereich neben den heute durchgeführten, öffentlich geförderten Programmen und Beratungen. In der gesetzlichen Verankerung einer obligatorischen, rund ein bis maximal zwei Wochen dauernden, durch die Teilnehmenden zu bezahlenden, Ausbildung im Rahmen der erwähnten Branchenleitlinien und unter Berücksichtigung von Themen der Suchtprävention könnten die Ziele des Auftrags erreicht werden.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag zu überweisen.



Namens der Regierung

Die Präsidentin:

B. Janom Steiner

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

**Incumbensa Caluori concernent la cumprova d'enconuschientschas en l'igiema da victualias ed en la prevenziun da dependenza**

La gastronomia è ina part impurtanta per l'economia e per il turissem en il chantun Grischun. Cun sias prestaziuns contribuescha la gastronomia en moda essenziala a la qualidat, al posiziunament ed al success dal Grischun sco chantun turistic.

Dapi la midada da la lescha d'ustaria per il chantun Grischun (LU) l'onn 1998 survegn mintga persuna la permissiun per activitads d'ustaria, che n'è betg dada en egl negativamain perquai ch'ella è sa fatga repetidamain culpaivla da grevas violaziuns da la legislaziun da victualias u perquai ch'ella è vegnida persequitada pliras giadas penalmain en connex cun sia pratica d'ustaria (art. 5 al. 2 lit. a LU). Quai vul dir che per manar in manaschi da gastronomia na vegnan premessas naginas enconuschientschas gastronomicas da basa. Da l'autra vart fa il legislatur prescripziuns fitg voluminusas e complexas cun il dretg da victualias e cun numerusas directivas ed instrucziuns en il sector da las victualias e da la prevenziun da dependenza.

Il resultat da quai è ch'i sto – dapi che las enconuschientschas prescrittas da la lescha da victualias èn vegnidas abolidas – vegnir impundi dapli temp en blers manaschis per far las controllas da victualias per sclerir detagliadamain las manadras ed ils manaders davart il cuntegn e davart l'execuziun da la legislaziun da victualias. Il temp per l'incumbensa sco tala, numnadamain la controlla da victualias, vegn uschia adina pli curt resp. la lavur administrativa ed ils custs da la controlla da victualias da vart da las autoritads creschan. Ultra da quai chaschuna er l'art. 5 al. 2 lit. a LU lavur administrativa. Il departament d'economia publica e fatgs socials ha emess ils ultims 5 onns 1000 da talas cumprovas. Gnanc ina n'ha stuì vegnir refusada. Questa reglamentaziun senza effect signifitga pia mo ina lavur administrativa per ils manaschis da gastronomia e per l'administraziun.

Enconuschientschas da basa en ils secturs dal dretg da victualias e da la prevenziun da dependenza èn ina premissa impurtanta per la qualidat da la branscha, per la sanadad da las collavuraturas e dals collavuratur sco er oravant tut per la protecziun da las consumentas e dals consumatori. Anc dapli – ellas èn il term ch'ina interpretidra u in interpretidder vegn insumma a frida cun las regulaziuns en il sector gastronomic. Ultra da quai reducescha il fatg ch'enconuschientschas da basa en quests secturs vegnan premessas la lavur administrativa ed ils custs da vart da las autoritads che creschan d'in cuntin en il sector da las controllas da victualias.

Tranter auter pervia dals motivs numnads qua survart han en Svizra 18 chantuns puspè prescrit en il fratemp en lur lescha ina scolaziun da basa per ustieras ed ustiers. Latiers tutgan en spezial ils chantuns turistics ed ils chantuns vischins Son Gagl e Tessin.

Enconuschientschas da basa correspundentas en il dretg da victualias ed en la prevenziun da dependenza èn d'in interess public, oravant tut per proteger las consumentas ed ils consumatori, e reduceschan la lavur administrativa ed ils custs da vart da las autoritads. La regenza vegn pia incumbensada da suttametter al cussegl grond in'adattaziun da las disposiziuns legalas da la lescha d'ustaria, particularmain da las premissas per la permissiun ch'èn regladas en l'art. 5 LU, e quai en quel senn che per conceder la permissiun da manaschi èn necessarias enconuschientschas da basa controllablas en ils secturs dal dretg da victualias e da la prevenziun da dependenza.

Enconuschientschas da l'igiema da victualias e da la prevenziun da dependenza po la petenta u il petent cumprovar:

1. cun in attest da qualificaziun federal d'in imprendissadi renconuschì da l'uffizi federal d'industria, mastergen e lavur dals secturs gastronomia/economia da chasa u victualias/bavrondas u
2. cun in diplom d'ina scola professiunala d'hotellaria superiura renconuschida (p.ex. scola d'hotellaria) u
3. cun in attest renconuschì d'auters chantuns u
4. cun la reussida d'in examen en igiema da victualias ed en prevenziun da dependenza. L'organisaziun da curs e d'examens po vegnir surdada ad organisaziuns adattadas.

Cuira, ils 18 d'october 2017

**Caluori**, Marti, Dudli, Baselgia-Brunner, Blumenthal, Bondolfi, Brandenburger, Bucher-Brini, Burkhardt, Casty, Cavegn, Caviezel (Tavau Clavadel), Clalüna, Cramerli, Della Vedova, Dermont, Dosch, Engler, Epp, Fasani, Foffa, Geisseler, Grass, Kunfermann, Mani-Heldstab, Märchy-Caduff, Nay, Niederer, Noi-Togni, Paterlini, Peyer, Pfenninger, Salis, Sax, Schneider, Stiffler (Tavau Platz), Tenchio, Tomaschett (Breil), Tomaschett-Berther (Trun), von Ballmoos, Weber, Zanetti, Berther (Segnas), Cajacob, Decurtins-Jermann, Föhn, Ruckstuhl



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

19 da december 2017

21 da december 2017

1101

### **Incumbensa Caluori**

concernent la cumprova d'enconuschientschas en l'igierna da victualias ed en la prevenziun da dependenza

### **Resposta da la regenza**

La regenza vegn incumbensada d'adattar l'art. 5 da la lescha d'ustaria per il chantun Grischun (LU; DG 945.100) uschia ch'i vegnan premessas enconuschientschas da basa controllablas en ils secturs dal dretg da victualias e da la prevenziun da dependenza per conceder la permissiun da pratitgar activitads d'ustaria (vender spaisas u bavrondas per il consum al lieu; surlaschar localitads per il consum da spaisas u da bavrondas appurtadas u furnidas ubain organisar occurrenzas, a las qualas i vegnan consumadas spaisas u bavrondas appurtadas u furnidas). Oz survegn ina permissiun, tgi che garantescha ina gestiun dal manaschi irreproschabla e senza reclamaziuns da la polizia (nagina cuntravenziun repetida u greva cunter la legislaziun d'ustaria u cunter la legislaziun da victualias; betg pliras condemnaziuns en connex cun las activitads d'ustaria; nagina expiaziun d'in chastis che privescha da la libertad da passa 18 mais avant main che 5 onns). Per l'execuziun èn competentas las vischnancas.

Il chantun Grischun ha abolì la patenta d'ustier(a), q.v.d. la cumprova da tschertas enconuschientschas u da diploms e.u.v. sco premissa per survegnir la permissiun da manar in'ustaria (admissiun da pratitgar la professiun), cun la revisiun totala da la LU per il 1. da schaner 1999. En la sessiun d'avust 2007 è vegnida integrada ina nova disposiziun a chaschun d'ina revisiun parziala da la LU. Tenor quella sto ina petenta u in petent er cumprovar ch'ella u el n'haja betg cuntrafatg repetidamain u grevamain a la legislaziun federala u chantunala da victualias ils ultims 5 onns. Ulteriuras propostas concernent las premessas per la permissiun èn vegnidas refusadas. Tranter ils onns 2008 e 2016 ha il departament d'economia publica emess passa 1000 cumprovas, senza ch'ina avess stuì vegnir refusada. Il cussegl grond ha refusà ultra da quai en la sessiun d'avrigl 2016 ina incumbensa, cun la quala è vegnì pretendì d'introducì premessas per la permissiun pli severas.

Il cussegl federal po fixar tant pretensiuns envers las enconuschientschas davart l'igierna da persunas che lavuran cun victualias sco er envers las enconuschientschas

spezializadas da personas ch'èn responsablas per l'autocontrolla. Il cussegl federal n'ha fin ussa betg fatg diever da questas pussaivladads. Percunter ha l'economia da victualias relaschè per la bransch – en quai che concerna l'autocontrolla – directives per ina "buna pratica da procedura en l'hotellaria e restauraziun" ch'èn vegnidas approvadas da la confederaziun.

2400 dals 4400 manaschis da victualias ch'èn annunziads tar l'uffizi per la segirezza da victualias e per la sanadad d'animals èn activs en la gastronomia. La gronda part da las controllas vegn fatga en la gastronomia (totalmain 1300 l'onn 2016). La bransch da gastronomia è caracterisada d'ina fluctuaziun relativamain gronda. En cas da principiants è la lavur per exequir la controlla da victualias difficila, perquai che la chapientscha fundamentala per metter en circulaziun victualias segiras manca savens. Il svilup da la conscienza per enconuschientschas elementaras da l'igièna da victualias e dal dretg da victualias è pia ina part essenziala da la lavur da controlla dals controlladers da victualias en quests manaschis.

Er sch'in svilup negativ da la qualitad da la gastronomia en il Grischun na po betg vegnir constatà dapi l'aboliziun da la "patenta d'ustier(a)" ed er sch'il dumber da manaschis cun ina gronda ristga è constantamain bass, po la cumprova d'avair frequentà ina scolaziun qualifitgada u in curs cun ina controlla da l'emprender reussida sco premissa per survegnir la permissiun da manar in'ustaria gidar a meglierar la chapientscha en il sectur da l'igièna da victualias e da l'autocontrolla ch'è colliada cun quai. Er ord vista da la prevenziun da dependenza fiss ina intermediaziun d'infurmaziuns sistematica raschunaivla per manaschis da la gastronomia. Spezialmain il consum d'alcohol aut cun sias ristgas pleda per mesiras obligantas da vart dal stadi en quest sectur, e quai sper ils programs e las cussegliaziuns che vegnan organisads ozendi cun il sustegn dal maun public. Cun francar en la lescha ina scolaziun obligatorica pajada da las participantas e dals participants che dura ina fin maximalmain duas emnas, che sa chatta en il rom da las directives da bransch menziunadas e che resguarda temas da la prevenziun da dependenza pudessan las finamiras da l'incumbensa vegnir cuntanschidas.

Sa basond sin questas consideraziuns propona la regenza al cussegl grond dad acceptar questa incumbensa.



En num da la regenza

La presidenta:

B. Janom Steiner

Il chancelier:

Daniel Spadin

## **Incarico Caluori concernente la comprova relativa alle conoscenze negli ambiti igiene delle derrate alimentari e prevenzione delle dipendenze**

La ristorazione rappresenta una parte importante per l'economia e il turismo del Cantone dei Grigioni. Con le proprie prestazioni la ristorazione contribuisce in misura sostanziale alla qualità, al posizionamento e al successo del Cantone turistico.

Dalla modifica della legge sugli esercizi pubblici e gli alberghi (LEPA) del 1998, ogni persona che non ha commesso ripetutamente gravi violazioni della legislazione sulle derrate alimentari o che non è stata più volte perseguita penalmente in relazione ad attività svolte in esercizi pubblici e alberghi può ottenere una patente per l'esercizio di attività in esercizi pubblici e alberghi (art. 5 cpv. 2 lett. a LEPA). Questo significa che per la gestione di un esercizio di ristorazione non è richiesto alcun tipo di conoscenze professionali di base. D'altro lato, con il diritto alimentare e con numerose direttive e linee guida nel settore delle derrate alimentari e della prevenzione delle dipendenze, il legislatore ha formulato prescrizioni molto ampie e complesse.

Ciò fa sì che, da quando la legge sulle derrate alimentari non prescrive più determinate conoscenze, presso molti esercizi si debba investire più tempo per i controlli delle derrate alimentari per spiegare in dettaglio al responsabile dell'esercizio il contenuto e l'esecuzione della legislazione sulle derrate alimentari. Il tempo per il compito vero e proprio, ossia il controllo delle derrate alimentari, risulta così sempre più breve, mentre l'onere amministrativo e finanziario del controllo delle derrate alimentari da parte delle autorità aumenta. Inoltre anche l'art. 5 cpv. 2 lett. a LEPA genera un onere amministrativo. Negli ultimi 5 anni il DEPS ha rilasciato 1'000 di queste prove. Nessuna di queste è stata rifiutata. Tale regolamentazione inefficace rappresenta quindi solamente un carico amministrativo per i gestori di attività e per l'Amministrazione.

Conoscenze di base nei settori del diritto alimentare e della prevenzione delle dipendenze rappresentano un importante presupposto per la qualità del ramo, per la salute dei collaboratori nonché soprattutto per la tutela dei consumatori. Di più: sono il fondamento affinché un imprenditore riesca a cavarsela con le regolamentazioni nel settore della ristorazione. Inoltre, richiedendo conoscenze di base in questi settori viene ridotto l'onere amministrativo e finanziario per l'autorità, onere in costante crescita, nel settore del controllo delle derrate alimentari.

Tra l'altro anche per i motivi indicati sopra, nel frattempo in Svizzera sono 18 i Cantoni che prevedono una formazione di base per esercenti nella propria legge. Tra questi figurano in particolare i Cantoni a vocazione turistica e i nostri vicini San Gallo e Ticino.

Corrispondenti conoscenze di base di diritto alimentare e di prevenzione delle dipendenze sono di interesse pubblico, soprattutto a tutela dei consumatori, e riducono l'onere amministrativo e finanziario per l'autorità. Il Governo viene quindi incaricato di sottoporre al Gran Consiglio una modifica delle disposizioni legislative della legge sugli esercizi pubblici e gli alberghi, segnatamente dei requisiti per l'ottenimento della patente disciplinati nell'art. 5 LEPA, in modo tale che per il rilascio dell'autorizzazione d'esercizio siano necessarie conoscenze di base verificabili nel settore del diritto alimentare e della prevenzione delle dipendenze.

Il richiedente può dimostrare di disporre di conoscenze negli ambiti igiene delle derrate alimentari e prevenzione delle dipendenze tramite:

1. un attestato federale di capacità relativo a un apprendistato professionale riconosciuto dall'Ufficio federale dell'industria, delle arti e mestieri e del lavoro nei settori ristorazione/economia domestica oppure alimenti/bevande; oppure
2. un diploma di una scuola specializzata nel settore alberghiero (ad es. scuola alberghiera); oppure
3. un attestato riconosciuto di altri Cantoni; oppure
4. il superamento di un esame negli ambiti igiene delle derrate alimentari e prevenzione delle dipendenze. Lo svolgimento di corsi ed esami può essere delegato a organizzazioni idonee.

Coira, 18 ottobre 2017

**Caluori**, Marti, Dudli, Baselgia-Brunner, Blumenthal, Bondolfi, Brandenburger, Bucher-Brini, Burkhardt, Casty, Cavegn, Caviezel (Davos Clavadel), Clalüna, Cramerli, Della Vedova, Dermont, Dosch, Engler, Epp, Fasani, Foffa, Geisseler, Grass, Kunfermann, Mani-Heldstab, Märchy-Caduff, Nay, Niederer, Noi-Togni, Paterlini, Peyer, Pfenninger, Salis, Sax, Schneider, Stiffler (Davos Platz), Tenchio, Tomaschett (Breil), Tomaschett-Berther (Trun), von Ballmoos, Weber, Zanetti, Berther (Sengnas), Cajacob, Decurtins-Jermann, Föhn, Ruckstuhl



Seduta del

19 dicembre 2017

Comunicata il

21 dicembre 2017

Protocollo n.

1101

### **Incarico Caluori**

concernente la comprova relativa alle conoscenze negli ambiti igiene delle derrate alimentari e prevenzione delle dipendenze

### **Risposta del Governo**

Il Governo viene incaricato di adeguare l'art. 5 della legge sugli esercizi pubblici e gli alberghi (LEPA; CSC 945.100) in modo tale che per il rilascio dell'autorizzazione a esercitare attività di ristorazione (come la vendita di pasti e bevande da consumare in loco; la messa a disposizione di spazi per il consumo di pasti o bevande portati individualmente o forniti da fuori oppure lo svolgimento di manifestazioni durante le quali vengono consumati pasti e bevande portati individualmente o forniti da fuori) si presuppongano conoscenze di base verificabili nel settore del diritto alimentare e della prevenzione delle dipendenze. Oggi l'autorizzazione viene rilasciata a chi garantisce una gestione irreprensibile e incensurabile dell'attività (nessuna violazione ripetuta o grave della legislazione sugli esercizi pubblici o sulle derrate alimentari; assenza di condanne ripetute in relazione all'attività di esercente; nessuna condanna a una pena detentiva superiore ai 18 mesi negli ultimi cinque anni). La competenza per l'esecuzione spetta ai comuni.

Con la revisione totale della LEPA entrata in vigore il 1° gennaio 1999, il Cantone dei Grigioni ha abolito la patente d'esercente, ossia la prova del fatto di essere in possesso di determinate conoscenze o diplomi, ecc. quale condizione per ottenere l'autorizzazione a svolgere tale attività (ammissione alla professione). Nella sessione di agosto 2007, in occasione di una revisione parziale della LEPA è stata inserita una nuova disposizione secondo la quale un richiedente deve fornire la prova di non aver violato ripetutamente o in modo grave la legislazione federale o cantonale sulle derrate alimentari nel corso degli ultimi cinque anni. Altre richieste concernenti presupposti di autorizzazione supplementari sono state respinte. Tra il 2008 e il 2016 il Dipartimento dell'economia pubblica e socialità ha rilasciato oltre 1000 comprove, senza doverne negare nessuna. Nella sessione di aprile 2016 il Gran Consiglio ha inoltre respinto un incarico con il quale è stata chiesta l'introduzione di presupposti di autorizzazione più severi.

Il Consiglio federale può stabilire sia requisiti relativi alle conoscenze in materia di igiene di cui le persone che lavorano a contatto con derrate alimentari devono disporre, sia requisiti relativi alle conoscenze professionali di cui devono disporre le perso-

ne responsabili per l'autocontrollo. Finora il Consiglio federale non ha fatto ricorso a tali possibilità. Nel frattempo, per quanto riguarda l'autocontrollo, il settore della ristorazione ha emanato delle linee guida settoriali per una "buona prassi procedurale nell'industria alberghiera e della ristorazione", che sono state approvate dalla Confederazione.

2400 delle 4400 aziende operanti nel settore alimentare annunciate presso l'Ufficio per la sicurezza delle derrate alimentari e la salute degli animali sono attive nel settore della ristorazione. Su questo settore si concentra la maggior parte delle ispezioni (complessivamente 1300 nel 2016). Il settore della ristorazione fa registrare una fluttuazione relativamente elevata. Nel caso di nuovi attori privi di una corrispondente formazione, il lavoro di attuazione dei controlli in materia di derrate alimentari risulta difficile, poiché sovente mancano le conoscenze di base riguardo alla messa in commercio di derrate alimentari sicure. L'attività di sensibilizzazione per quanto riguarda conoscenze elementari di igiene delle derrate alimentari e di diritto in materia di derrate alimentari occupa quindi una parte non trascurabile dell'attività svolta dai controllori delle derrate alimentari presso queste aziende.

Benché dall'abolizione della "patente d'esercente" nei Grigioni non si sia registrata un'involuzione qualitativa nel settore della ristorazione e benché le aziende che presentano un rischio elevato siano sempre poche, la prova relativa a una corrispondente qualifica formativa o alla frequenza di un corso con verifica di apprendimento superata quale condizione per l'ottenimento dell'autorizzazione allo svolgimento dell'attività di ristorazione potrebbe contribuire a migliorare le conoscenze nel settore dell'igiene delle derrate alimentari e del relativo autocontrollo. Per quanto riguarda la prevenzione delle dipendenze sarebbe opportuna una divulgazione mirata di informazioni presso gli esercizi di ristorazione. In particolare l'esistenza di un elevato e pericoloso consumo di alcol è un argomento a favore dell'adozione di misure vincolanti da parte dello Stato in questo settore, oltre ai programmi e alle consulenze svolti oggi con il sostegno dall'ente pubblico. Ancorando nella legge una formazione obbligatoria, con spese a carico dei partecipanti, della durata di circa una o due settimane al massimo nel quadro delle linee guida di settore menzionate e tenendo conto dei temi legati alla prevenzione delle dipendenze, sarebbe possibile raggiungere gli obiettivi auspicati dall'incarico.

Sulla base di queste spiegazioni, il Governo chiede al Gran Consiglio di accogliere il presente incarico.



In nome del Governo

La Presidente:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "B. Janom Steiner".

B. Janom Steiner

Il Cancelliere:

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Daniel Spadin".

Daniel Spadin